

15.22

**Abgeordneter Peter Wurm** (FPÖ): Frau Präsidentin! Herr Minister! Hohes Haus! Werte Kollegen! Werte Zuseher hier auf den Rängen und zu Hause! Ich bin mir nicht sicher, ob ich nun weinen oder lachen soll. Aber wenn man sich die Entwicklung der Diskussion um die Mindestsicherung in den letzten Jahren anschaut, dann sieht man, es hat sich schon einiges bewegt. Das ist ja Sinn und Zweck von Politik.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir Freiheitliche in den Ländern und im Bund seit 2011 nichts anderes tun, als Sie auf die Fehlentwicklungen, die schon vom Start weg klar waren, aufmerksam zu machen. *(Beifall bei der FPÖ. – Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Wir wurden dafür auf das Wütesteste beschimpft, und es wurde so dargestellt, als ob wir Sachen erfänden. *(Rufe bei SPÖ und ÖVP: Ja!)* Frau Schwentner – bitte bleiben Sie da! –, Sie haben gesagt, man sollte die Wahrheit sagen. Frau Schwentner, wir haben immer die Wahrheit gesagt! *(Ruf bei den Grünen: Nein!)* Nach und nach müssen Sie zur Kenntnis nehmen, dass die ÖVP – zumindest in den ersten Ansätzen, man wird sehen, was herauskommt – lernwillig ist.

Das sehe ich hier *(in Richtung SPÖ)* überhaupt nicht. Es gibt eben diese Bescheide der Mindestsicherung von 4 000 €, 5 000 € und 6 000 €, und das sind keine Erfindungen. Das macht in Summe natürlich wesentlich mehr aus, als Sie sagen, Frau Schwentner.

Eines würde mich dabei interessieren, Herr Minister Stöger – Sie sitzen ja nun da –: Ihr Vorgänger, Minister Hundstorfer, und Sie selbst behaupten in jedem Ausschuss, dass es eigentlich keine genauen Zahlen gibt, weil es eine Artikel-15a-Vereinbarung ist, und Sie es nicht wissen. Dann kommt Kollegin Königsberger-Ludwig heraus und berichtet irgendwelche Zahlen. Wir sollten uns einmal auf die Zahlen verständigen, die zumindest recherchierbar sind, und das sind doch einige.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen: 2011 haben wir mit knapp 190 000 Mindestsicherungsbeziehern gestartet. Mit den letzten Zahlen, die ich auch von Ihnen bekommen habe, Herr Minister, sind wir jenseits von 300 000, mit Tendenz in Richtung 320 000 gehend. Ihr Vorgänger, Minister Hundstorfer, hat mir auf eine parlamentarische Anfrage geantwortet – ich muss es einfach vorlesen –:

„Aus der ersten Sitzung kann die Schlussfolgerung gezogen werden, dass noch einige Diskussionsrunden auf Expertenebene geführt werden müssen, bis ein endgültiger

Vorschlag für eine verbesserte BMS-Statistik (...) vorgelegt werden kann. In diesem Sinne wurde auch ein nächster Sitzungstermin für den 12. Mai 2015 vereinbart.“

Sie schieben das also vor sich her. Die Wirklichkeit ist, dass Sie der Bevölkerung diese Zahlen nicht auf den Tisch legen wollen, weil sie **vernichtend** sind. Die Steuergelder werden mit beiden Händen hinausgeschmissen, die Dimension, von der wir ... (Abg. **Schwentner**: 0,7 Prozent von den Sozialausgaben, Herr Kollege!) – Frau Schwentner, Sie wissen ja, dass wir seit 2012 die Zahlen in einem Bundesland erfassen oder erheben, nämlich von Tirol.

Ich habe die aktuellen Zahlen aus Tirol mit, und daraus kann man sehr wohl Rückschlüsse ziehen. Ich erwähne es noch einmal: Laut aktuellem Stand – Ende 2015, weil es auch in Tirol noch keine aktuelleren Zahlen gibt – sind in Tirol 50 Prozent der Mindestsicherungsbezieher Österreicher, 10 Prozent EU-Bürger und 40 Prozent Drittstaatsangehörige – das ist der ganze Bereich Asyl. Und das sollten Sie einfach auch einmal der Bevölkerung sagen. (Abg. **Schwentner**: Lesen Sie mal das Verfassungsrecht!)

Natürlich ist die Zunahme auf die Zuwanderungswelle zurückzuführen. Wir sprechen dabei – das weiß die ÖVP, sie weiß es wahrscheinlich besser – von einem Überstrapazieren der Gemeindebudgets, von einem Überstrapazieren der Länderbudgets und selbstverständlich auch vom Überstrapazieren des Bundesbudgets. Das sind drei Töpfe. Aktuell würde ich schätzen – der Minister kann es mir irgendwann genau sagen –, dass wir in diesem Bereich bei einer Steuerleistung von **2,5 Milliarden €** jährlich sind. Das erklären Sie bitte einmal den Steuerzahlern! Wie Sie das machen wollen, würde ich gerne wissen. (Beifall bei der FPÖ sowie des Abg. Gerhard Schmid.)

Ich möchte nur ein kleines Beispiel, was die Mindestsicherung betrifft, geben. Gestern bin ich von einer Bürgerin aus Tirol kontaktiert worden. Eine asylberechtigte Familie, die ihr Kind im Kindergarten hat und Mindestsicherung bezieht, hat ganz stolz erzählt – oder die Bürgerin hat halt mehr oder weniger das Gespräch mit der Kindergärtnerin belauscht –, dass sie jetzt Urlaub machen wird. Es handelt sich um eine syrische Familie, die in der Türkei Urlaub machen wird.

Die Bürgerin, die mich angerufen hat, ist eine, die Sie früher mal vertreten haben, liebe Sozialdemokratie! Sie ist eine ganz normale Angestellte, die heuer mit ihrer Familie **keinen** Urlaub machen kann, weil sie es sich schlichtweg nicht leisten kann.

(Präsidentin **Bures** gibt das Glockenzeichen.) Und sie muss erfahren, dass eine syrische Familie, die Mindestsicherung bezieht, mit der ganzen Familie in die Türkei

auf Urlaub fährt. Ich wünsche Ihnen viel Spaß dabei, diese Zustände, die wir haben, der Bevölkerung zu erklären! (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

**Präsidentin Doris Bures:** Herr Abgeordneter, Sie müssen nun zum Schlusssatz kommen!

**Abgeordneter Peter Wurm (fortsetzend):** Schlusssatz meinerseits (*Abg. Keck: Gschichtldrucker!*): Die Mindestsicherung ist ein finanzielles Grab ohne Ende (*Ruf bei der SPÖ: Grauenhaft!*), und wir Freiheitliche sind der Meinung, die Mindestsicherung für österreichische Staatsbürger, für EU-Bürger ...

15.28

**Präsidentin Doris Bures:** Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist ausgeschöpft! (*Beifall bei der FPÖ für den das Rednerpult verlassenden Redner.*)

Als Nächster gelangt Herr Abgeordneter Öllinger zu Wort. – Bitte. (*Rufe und Gegenrufe zwischen Abgeordneten von SPÖ und FPÖ.*)